

«Das ist Wunschdenken der Gegner»

Weshalb ein Zurückkrebsen bei der Zuwanderung für den SVP-Vize nicht infrage kommt

Von Beni Gafner, Bern

BaZ: Herr Blocher, die *Sonntagszeitung* titelte, «Blocher krebst zurück». Was sagen Sie dazu?

Christoph Blocher: Das ist das Wunschdenken unserer Gegner. Ich kann leider nicht dienen. Im Interview mit mir (in der gleichen Zeitung!) steht das Gegenteil. Es gibt nichts anderes, als

den beschlossenen Verfassungstext über die Begrenzung der Zuwanderung umzusetzen. Verschiedene Kreise behaupten, es gebe noch bessere Lösungen, die Zuwanderung zu beschränken. Dazu steht auch im Interview: Der Bund hätte zwei Jahre vor der Abstimmung Zeit gehabt, eine bessere Lösung zur massiven Reduktion der Einwanderung vorzunehmen. Vor der Abstimmung wurden verschiedene Systeme zur Beschränkung diskutiert. Von den heute genannten Systemen ist kein einziges, das eine massive Reduktion der Zuwanderung bringt. Die jetzt vorgelegten sind Mumpitz. Es gibt nichts anderes, als endlich den beschlossenen Verfassungsartikel durchzusetzen.

Ist die geschaffene Verwirrung Teil eines Kampfs gegen die Umsetzung?

Natürlich. Bundesrat und Verwaltung wollen die Initiative einfach nicht umsetzen. Sie sind erstarrt wie das Kaninchen vor der Schlange und haben Angst, von der EU zu verlangen, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen neu verhandelt oder gekündigt wird. Solche Verhandlungen sind gemäss bestehendem Abkommen vereinbart. Weil das die EU nicht will, wird nun irgendeine Schlaumeierlösung gesucht. Das aber wird nicht passieren, weder mit mir noch mit der SVP. Auch wenn die Gegner dies gerne hätten.

Dem Artikel wurde am Sonntag teilweise geglaubt. Auf *Tele Züri* hiess es, weisser Rauch steige auf über Herrliberg ...

(Lacht.) Da sieht man, dass nicht einmal Journalisten die Dinge sorgfältig lesen. Hätten die Politiker bei *Tele Züri* das Interview in der gleichen Zeitung gelesen, hätten sie gemerkt, dass da zwei Journalisten Schindluderei betrieben. Sie hatten wohl den Auftrag, die SVP unglaublich zu machen. Ich mache mir da allerdings keine grossen Sorgen. Die SVP steht fest. Hören Sie mal, wie es an der Basis tönt. Da müssen wir eher bremsen. Viele werden immer wütender über das unehrliche Gebaren, das auch die Mainstreampresse mitmacht.

Weshalb erachten Sie die Idee von Professor Eichenberger als prüfenswert?

Gemäss dieser Idee würden Ausländer und Unternehmen belastet, die

zusätzlich Ausländer anstellen. Das Anstellen von Ausländern würde für Unternehmen so weniger interessant, da hat Eichenberger recht. Aber ob dies viel weniger Einwanderer brächte, ist offen. Aber eine solche Lösung ist noch im Zustand einer Vision oder einer Projektskizze. Klar ist zudem, dass auch eine solche Lösung im Widerspruch zur Personenfreizügigkeit mit der EU stehen würde. Es gibt deshalb nichts anderes, als den Verfassungsartikel umzusetzen. Und wenn die EU nicht verhandeln will, den Vertrag zu kündigen.

Sie sind sonst immer gegen neue Steuern und Abgaben. Wieso rücken Sie hier von Ihrer Grundhaltung ab?

Die Nettozuwanderung beträgt heute 89 500 und ist damit noch höher, als wir im Abstimmungskampf annahmen. Dies ist untragbar. Volk und Stände haben entschieden, dass diese massiv begrenzt werden soll, und zwar durch die bewährte Kontingentslösung. Wie wollen Sie sonst noch dieses Ziel erreichen? Ich bin auch gegen die Bürokratie, die eine Kontingentslösung mit sich bringt, und gegen staatliche Intervention. Aber anders ist eine Reduktion nicht zu erreichen. Beim Vorschlag Eichenbergers sieht es ähnlich aus. Immerhin würde es sich nicht um eine Steuer für alle handeln. Zahlen müssten diejenigen, die zusätzliche Kosten verursachen. Im Moment bezahlen wir alle negativen Folgen der Zuwanderung

über bestehende Abgaben. Aber wie gesagt, das ist erst eine Idee. Auf die Umsetzung können wir nicht warten, denn es pressiert, wie die steigenden Zuwanderungszahlen zeigen. Ich kann dem Wunsch der Gegner nicht entgegenkommen, dass wir nachgeben.

Welchen Verlauf erwarten Sie in der Diskussion um die Umsetzung?

Die Strategie der Gegner ist jetzt eindeutig. Der Kampf wird von allen Seiten geführt. Man holt den Industriellen Wyss aus Amerika und sagt, er bezahle. Dabei ist es ja so, dass es auf der Pro-EU-Seite, die für die Personenfreizügigkeit eintritt, noch nie an Geld mangelte. Die werden doch wohl nicht glauben, mit Geld das Volk kaufen zu können? Sodann wollen hundert Persönlichkeiten den Kampf für die Bilateralen führen, wie berichtet wurde. Alles längst bekannte EU-Beitrittsbefürworter. Ich musste laut lachen. Frau Calmy-Rey sei für die Bilateralen. Soeben hat sie ein Buch veröffentlicht, das den EU-Beitritt verlangt. Wieso aber braucht man dann noch Bilateralen, wenn man gleichzeitig in die EU will? Herr Couchepin ist auch dabei – ebenfalls einer, der in der Neuen Europäischen Bewegung war, die in die EU will. Die verraten sich ja alle selber. Es ist nicht glaubwürdig, wenn sich solche Leute für Verträge mit der EU einsetzen, die das Ziel hätten, angeblich nicht der EU beitreten zu wollen.

Weltweit auf Rang fünf

Schweizer Vorsorgesysteme schneiden gut ab

Bern. Das Schweizer Vorsorgesystem schneidet in einem internationalen Vergleich gut ab: Im Melbourne Mercer Global Pension Index 2014 landete die Schweiz auf dem fünften Rang. Bewertet wurden Vorsorgesysteme von 25 Ländern hinsichtlich Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Integrität.

Gegenüber 2013 verlor die Schweiz einen Rang. Sie wurde von Finnland, das neu in die Untersuchung einbezogen wurde, vom vierten Listenplatz verdrängt. Verloren hat die Schweiz bei den Leistungen und bei den Rahmenbedingungen, gewonnen bei der Finanzierung, wie Mercer gestern mitteilte.

Profitieren könnte das Schweizer Vorsorgesystem von der Pflicht, Altersleistungen zum Teil als Renten auszubehalten. Nützen könnte es auch, wenn der Rentenbezug gegenüber dem Kapitalbezug steuerlich bessergestellt würde. Empfehlenswert wäre sodann eine «schrittweise Erhöhung» des Pensionsalters, wie es in der Mitteilung hiess. «Die Punktabzüge in den Bereichen «Leistungen» und «Rahmenbedingungen» zeigen, dass man sich nicht ausruhen darf», so Willi Thurnherr, Geschäftsführer von Mercer in der Schweiz, gegenüber dem Nachrichtenportal *News Aktuell*. Stattdessen sollten einige Aspekte der Vorsorge, wie zum Beispiel Anreizsysteme, kritisch geprüft werden.

Besser als die Schweiz schnitten im Vergleich Dänemark, Australien, die Niederlande und Finnland ab. Am Ende der Rangliste stehen Indien, Südkorea und Japan. Verfasst wurde der Melbourne Mercer Global Pension Index von Mercer und dem Australian Centre for Financial Studies. Dessen Executive Director, Deborah Ralston, meinte: «Ein weltweiter Vergleich verschiedener Rentensysteme kann den Regierungen, der Wirtschaft und der Forschung wertvolle Informationen liefern und die Debatte um eine bestmögliche Vorsorge der zunehmend älteren Mitglieder der Gesellschaft bereichern.» SDA

Die Angstmacher sind unterwegs

Prominente Hüter und Retter der bilateralen Verträge kommen aus ihrer Deckung

Von Hubert Mooser, Bern

Die Debatte zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels über die Zuwanderung ist um ein Kapitel reicher: Am Wochenende haben 100 Top Shots aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einen Appell veröffentlicht. «Die Schweiz in Europa», so der Titel des Manifestes, über das die *Schweiz am Sonntag* berichtete. Es ist ein Aufruf «besorgter Bürgerinnen und Bürger» – zur Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative.

Zu den besorgten Bürgern gehören die alt Bundesrätin und alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (SP), Ruth Dreifuss (SP), Pascal Couchepin (FDP), SBB-Präsident Ulrich Gygi, der frühere Nationalbank-Präsident Jean-Pierre Roth, Walter Kielholz, Verwaltungsratspräsident der Swiss Re, Patrick Aebischer, Präsident der ETH-Lausanne, und andere mehr – Bürger also, die nicht bei der Wohnungssuche Schlange stehen müssen.

Die Elite hat andere Sorgen: Sie fürchtet um die Beziehungen zur EU und die bilateralen Verträge. Man wolle mit dem Aufruf wirtschaftlichen und politischen Schaden vermeiden und vor einer Isolierung der Schweiz warnen. Die Angstmacher sind wieder unterwegs. Davor warnte der frühere Schweizer Diplomat Jakob Kellenberger gestern in der *NZZ* und mahnte zu Zurückhaltung. Bald stehe nämlich die Dramatisierung der Initiative im Vordergrund, so Kellenberger.

Viele gute Freunde

Alt Bundesrat Christoph Blocher reagierte gestern fast amüsiert auf den Angriff: Er habe ein wenig lachen müssen, als er gelesen habe, dass sich Couchepin und Calmy-Rey für die bilateralen Verträge einsetzen. Beide seien doch für den EU-Beitritt (siehe Interview oben). Calmy-Rey widerspricht jedoch Blocher: «In unserem Appell warnen wir auch davor, den Beitritt der Schweiz zur EU von vornherein und auf immer aus den europapolitischen Debatten zu verbannen.» Wichtig sei eine objektive Diskussion, so Calmy-Rey.

Die treibende Kraft hinter dem Manifest soll der frühere Präsident der Nationalbank sein, Jean-Pierre Roth. Gerne hätte man vom Walliser erfahren, was ihn zu diesem Appell veranlasst habe: Und man bekommt ihn tatsächlich ans Telefon. Er weile derzeit in Usbekistan, ob man überhaupt wisse,



Die Elite hat andere Sorgen. Patrick Aebischer, Micheline Calmy-Rey und Pascal Couchepin sind besorgte Bürger.



wo sich dieses Land befinde. Jedenfalls sei es kein günstiger Zeitpunkt, um über den von ihm mitunterzeichneten Aufruf zu diskutieren. Er sei Ende Oktober wieder zurück und stehe dann selbstverständlich Red und Antwort.

Auffällig ist die Auswahl der Personen, die das Manifest unterzeichnet haben. Zum einen sind viele dem Westschweizer Freisinn nahestehende Leute darunter. Zum anderen sind es Personen, die in der Vergangenheit kleine Gefälligkeiten austauschten. So wurde beispielsweise Roth laut der Zeitschrift

«Im Appell warnen wir davor, den EU-Beitritt aus den Debatten zu verbannen.»

Bilanz dank der Fürsprache von Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss, einer Studienkollegin aus Genf, und der Schützenhilfe Couchepins im Januar 2001 von der Landesregierung zum Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ernannt. Gygi und Couchepin wiederum kennen sich seit Jahren und kommen gut miteinander aus, obschon Gygi ein Sozialdemokrat ist.

Couchepin bot ihm einmal sogar öffentlich Asyl in der FDP an.

Anderen Support erwartet

Den Support aus Wirtschaftskreisen hatte sich Bundesrätin Doris Leuthard etwas anders vorgestellt, als sie am Rande der CVP-Delegiertenversammlung vor einigen Wochen sagte, sie erwarte von der Wirtschaft ein Zeichen, dass man gewillt sei, weniger ausländische Arbeitskräfte zu rekrutieren. Denn die Schweizer Stimmbürger hätten mit dem Ja am 9. Februar signalisiert, dass sie weniger Zuwanderung wünschten.

An einen Aufruf zur Rettung der Bilateralen dachte Leuthard nicht. Nur zeigte sich die Wirtschaft bisher nicht unbedingt einsichtig. Und der Bundesrat hat es bisher versäumt, mit konkreten Massnahmen die Zuwanderung abzubremesen. Dabei hatte man vor dem 9. Februar einen Strauss von Massnahmen angekündigt. Zur Erinnerung: 25 Tage vor der Abstimmung legte der Bundesrat ein Paket mit Massnahmen vor – gegen hohe Mindestzinse und Sozialhilfemissbrauch. Davor hatte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann seine Fachkräfte-Initiative aus dem Jahre 2011 aufgewärmt. Mit dieser Vorlage soll das inländische Poten-



zial an Fachkräften verstärkt ausgeschöpft werden. Pikant ist: Vor einigen Tagen trat der Wirtschaftsminister mit mehr oder weniger dem gleichen Paket noch einmal vor die Medien.

Nur: Auf konkrete Vorschläge, wie man 50 000 gut ausgebildete Frauen, die zu Hause sind, wieder in den Arbeitsmarkt integrieren will, wie dies SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) monierte, wartet die Schweiz noch immer. Anfang Juli geleiste der Bundesrat eine Vorlage auf, dass EU-Bürger, die zur Stellensuche in die Schweiz einreisen, von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden. Auch von einem Entzug des Aufenthaltsrechtes bei Verlust der Arbeitsstelle ist die Rede. Vorläufig sind diese Vorlagen aber noch in der Konsultation.

Vor dem Nationalrat meinte Justizministerin Simonetta Sommaruga, der Bundesrat sehe zurzeit keinen Bedarf für zusätzliche, «weiter gehende Sofortmassnahmen». Stattdessen strömen weiter Bürger aus der EU ins Land, als hätte es nie eine Abstimmung gegeben. Im Tessin sind Lohndumping und missbräuchliche Verträge ein Dauerärgernis. Und jetzt sind auch noch ein paar Angstmacher in der Schweiz unterwegs.

Nachrichten

Travail.Suisse will Mindeststeuersatz

Bern. Aus der Sicht des Gewerkschaftsdachverbands Travail.Suisse besteht bei der Unternehmenssteuerreform III die Gefahr, dass die Reform in einem ruinösen Steuerwettbewerb mündet. Verhindern soll dies ein Mindeststeuersatz von 17 Prozent. Bei den Vorschlägen des Bundesrates dominiere «die reine Logik des Steuerwettbewerbs», heisst es im Positionspapier von Travail.Suisse. Dabei gehe das eigentliche Ziel von Steuern vergessen: Ressourcen für das Gemeinwesen bereitzustellen. SDA

Junge Akademiker wollen Schweiz wachrütteln

Bern. Junge Akademiker wollen die Politiker in der Schweiz mit einer neuen Internetbewegung wachrütteln. Die Gruppierung «Operation Libero» fordert, nach der Abstimmung vom 9. Februar nach vorn zu blicken und sich auch einem EU-Beitritt nicht zu verschliessen. Entstanden ist die Bewegung nach dem Ja zur SVP-Zuwanderungs-Initiative, als sich rund 50 Gleichgesinnte, viele davon Akademiker und Mitglieder des Thinktanks foras, zur Operation Libero zusammenschlossen. SDA

45 Prozent mehr Asylgesuche

Bern. Zwischen Juli und September sind in der Schweiz 7825 Asylgesuche eingereicht worden – 2441 oder rund 45 Prozent mehr als im zweiten Quartal 2014. Grund ist die anhaltende Welle von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer in Italien eintrafen und danach nach Norden weiterwanderten. Während des ganzen Jahres 2013 landeten rund 43 000 Personen in Südtalien an. Entsprechend deutlich ist der Anstieg der Asylgesuche in der Schweiz. SDA